

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

Mahnwache

Dienstag, den 29. November 16⁰⁰ Uhr vor dem Alten Rathaus

Das friedliche Zusammenleben in unserem Land, Demokratie, Solidarität, unser Leben und unsere Zukunft werden von Neonazis und Neofaschismus bedroht.

Die Mordserie der neofaschistischen Terrorgruppe, die sich "Nationalsozialistischer Untergrund" nennt, belegt auf dramatische Weise: Neofaschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Trotz der ungeheuerlichen Dimension und Brutalität dieser Morde sind sie kein Einzelfall. Wir erinnern an das Oktoberfest-Attentat in München und die Brandanschläge, Pogrome und Mordtaten in den 90er Jahren u.a. in Solingen, Mölln, Lichtenhagen und Hoyerswerda. Eine Liste von Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland seit 1990 nennt die erschreckende Zahl von 182 Toten.

Schleswig-Holstein war eines der ersten Bundesländer, in denen die Zusammenarbeit zwischen militanten Nazi-Kameradschaften und der NPD praktiziert wurde. Vor rund 10 Jahren „übernahmen“ gewalttätige Nazis den Landesvorstand der NPD, der mehrfach vorbestrafte Neonazi Peter Borchert wurde Landesvorsitzender. Auch wenn Borchert bald darauf den Posten wieder verließ, blieb die Zusammenarbeit. Noch heute bekleiden vorbestrafte und gewalttätige Neonazi verschiedene Posten in der NPD, Nazi-Kameradschaften bzw. sog „Aktionsgruppen“ weisen häufig viele personelle Überschneidungen zu NPD Gruppen auf.

Auch Nazi-Terror ist in Schleswig-Holstein nichts unbekanntes. Im Oktober 2003 deckte die Polizei bestehende Strukturen der Nazi-Terror Organisation „Combat 18“ (übersetzt: „Kampfgruppe Adolf Hitler“) auf, einer der Schwerpunkte war damals Neumünster. Bei den Neonazis wurden verschiedene Waffen gefunden sowie Listen mit Personen als potenzielle Anschlagziele. Peter Borchert wurde wegen Waffenlieferungen an diese Gruppe zu einer Haftstrafe verurteilt, die übrigen Beteiligten nur zu unverständlich geringen Bewährungsstrafen.

Das Ausmaß der neonazistischen Gewalt zeigt, dass die totale Missachtung menschlichen Lebens immanenter Bestandteil des faschistischen Weltbildes ist.



Die Terrorzelle:

27. Juli 2000

Ein Sprengsatz explodiert am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn und verletzt 10 Aussiedler.

9. September 2000

In Nürnberg wird ein türkischer Blumenhändler erschossen.

Zwei weitere Morde in Nürnberg (2001, 2005), in Hamburg (2001), in Rostock (2004), in Kassel (2006) und in Dortmund (2006) gehen nach Spurtenlage auf das Konto dieser Nazimörder.

9. Juli 2004

Bei einem Nagelbombenanschlag in einer mehrheitlich von Türken bewohnten Straße werden 22 Menschen verletzt.

25. April 2007

In Heilbronn wird eine 22-jährige Polizistin durch einen Kopfschuss getötet und ihr Kollege schwer verletzt.

1. November 2011

In Döbeln bei Leipzig wird ein Dönerbudenbetreiber erschossen.

Im Rahmen des Bündnisses gegen Rechts haben sich Die Linke, der Verein für Toleranz und Zivilcourage, die VVN-Bund der AntifaschistInnen und Piraten gegen rechts spontan zusammengesetzt und alle zu dieser Mahnwache eingeladen.

V.i.S.d.P.: VVN-Bund der AntifaschistInnen Lindenstraße Kiel

Das Weltbild der herrschenden Politik im Staat orientiert sich vorrangig auf angebliche "Gefahren von links" (neuerdings noch gesteigert zum "Linksterrorismus").

Rechte Gewalt und rechter Terror werden bagatellisiert, entpolitisiert, wenn nicht sogar geleugnet. Geburtshelfer mit NS-Vergangenheit bei der Inbetriebnahme der bundesdeutschen Geheimdienste haben da möglicherweise ihre Nachwirkung.

Das gegen links gerichtete Weltbild verhindert konsequentes Vorgehen gegen Neonazis und Neofaschismus. Mehr noch: Politik, Justiz und Polizei sind folgerichtig primär gegen Nazigeegner aktiv.

Die bislang praktizierte Zurückhaltung und Untätigkeit gegen Neonazis – überdeutlich geworden am Beispiel der jahrelang unbehindert morden könnenden Neonazigruppe – leistet dem Neofaschismus Vorschub.

Deutlich wird die daraus resultierende Hilfestellung für Neonazis auch am System der V-Leute. Das sind vom Verfassungsschutz besoldete Neonazis. Der VS finanziert damit neofaschistische Gruppierungen, Organisationen und auch die NPD. Wie die nunmehr bekannt gewordenen Vorgänge rund um die Verbrechen der Mördergruppe gezeigt haben Als V-Leute bezahlte Neonazis – auch im Umkreis dieser Mörderbande - haben kein Verbrechen verhindert oder aufgedeckt, sondern eher noch die Verbrecher geschützt und unterstützt. Das erste Verbotverfahren gegen die NPD scheiterte, weil dem Bundesverfassungsgericht nur Aussagen von V-Leuten über V-Leute präsentiert wurden.

Die Gefahr des Neofaschismus muss endlich ernst genommen und entsprechend bekämpft werden. Antifaschismus darf nicht länger diskriminiert werden. Dieses Land braucht ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus.



VS-Mann und sein V-Mann ...

Wir fordern:

- * Durchsetzung des im Grundgesetz und in den Strafgesetzen verankerten Faschismusverbots;
- * konsequentes Vorgehen gegen Neonazis und Neofaschismus. Unterbindung und Verbot neofaschistischer Umtriebe, Organisationen und Gruppierungen;
- * das Verbot der NPD, die Knotenpunkt, organisatorische Plattform, Ideologiegeber und Reservoir für neonazistische Gewalttäter ist – und zu der auch die Mörderbande Verbindung gehalten hat;
- * umfassende Aufklärung über das dubiose Verhalten von Justiz, Polizei und Verfassungsschutz bei neonazistischen Gewalttaten und gegenüber den Tätern;
- * Abschaffung des V-Leute-Unwesens – auch um damit den Weg zum Verbotverfahren gegen die NPD freizumachen.
- * Die den Neonazismus fördernde Gleichsetzung von "Links- und Rechtsextremismus" ist zu beenden.
- * Projekte gegen rechts dürfen nicht länger eingeschränkt oder behindert werden, sie müssen ohne Einschränkung gefördert werden. Die "Extremismusklausel" ist zu streichen.
- * Antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Protest und Widerstand gegen Umtriebe und Aufmärsche von Neonazis dürfen nicht länger behindert und kriminalisiert werden. Sie sind ein aktiver Beitrag zur Verteidigung der Demokratie.
- * Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Mordtaten der Neonazis, die wegen staatlicher Untätigkeit jahrelang fortgesetzt werden konnten, nunmehr zum Vorwand zu nehmen, erneut eine Einschränkung demokratischer Grundrechte und Freiheiten durchzusetzen und den allgemeinen Überwachungsapparat, alle Bürgerinnen und Bürger betreffend, auszubauen.
- * Wir bitten die Ratsversammlung eine Schweigeminute für die Opfer der Terroristen einzulegen und fordern OB Tauras auf, sich couragiert gegen Rechtsextremismus und den Club 88 zu engagieren.